

# Die bessere Entwicklungshilfe

Paul Vogt bringt die Herzchirurgie in armen Ländern voran. Nun klopft er beim Bund an

Von Alex Reichmuth, Bern

Teuer, nutzlos oder sogar schädlich. So lautet die Kritik von rechts an der Entwicklungshilfe des Bundes. Die SVP verlangt, dass die entsprechenden Ausgaben von mittlerweile jährlich gegen vier Milliarden Franken deutlich gekürzt werden. Zudem will die Volkspartei, dass mehr auf humanitäre Hilfe vor Ort gesetzt wird, statt Hunderte von Millionen Franken an UNO-Programme und Hilfswerke zu überweisen, die die Grösse von Konzernen erreicht haben.

Die FDP wiederum erwartet vom Bund, dass dieser bei der Entwicklungshilfe stärker auf wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt. Die Kritik an der Vergabepraxis im Entwicklungsbereich ist im Parlament angekommen: So hat die Aussenpolitische Kommission des Ständerats vor wenigen Tagen einen Vorstoss gutgeheissen, wonach der Privatsektor bei der Entwicklungshilfe stärker berücksichtigt werden soll.

Kostengünstig, humanitär und wirksam – diese Attribute dürfen wohl der Tätigkeit der EurAsia Heart Foundation zugeschrieben werden. Die Stiftung ist 2006 aus den Aktivitäten des Zürcher Herzchirurgen Paul Vogt hervorgegangen. Er hat im Jahr 2000 begonnen, in Spitälern in Entwicklungs- und Schwellenländern Herzoperationen durchzuführen, vor allem bei Kindern. Seine erste Station war eine Klinik in China. Weil rasch Unterstützungs-Anfragen weiterer Spitäler eintrafen, engagierte Vogt bald Kollegen, stellte medizinische Teams zusammen und reiste mit ihnen in immer neue Länder, um dort medizinische Entwicklungshilfe zu leisten.

Die Arbeit von Vogt und seinen Fachteams erschöpft sich nicht darin, Kinder zu operieren, denen ohne Schweizer Hilfe kaum geholfen werden könnte. Die Teams sorgen auch für einen Transfer von medizinischem Know-how: Das lokale Fachpersonal assistiert jeweils bei den Operationen und wird so befähigt, herzkranken Patienten selber behandeln zu können. Mit gezielten Unterrichtseinheiten werden Wissenslücken gestopft. Wo nötig, werden begleitende Massnahmen getroffen, etwa zur Verminderung der Infektionsrate an den Spitälern. In der Schweiz arbeitet Vogts Stiftung eng mit den Universitäts-spitälern Zürich, Bern und Basel zusammen.

## Viele Anfragen

Inzwischen hat die Stiftung Kooperationen mit lokalen Spitälern in 13 Ländern aufgebaut, vor allem in Osteuropa und Asien, von Moldawien über die Ukraine bis Usbekistan und Vietnam. Bis Ende 2017 konnten so insgesamt über 13 000 Patienten behandelt und davon rund 3 200 operiert werden. Weil alle Beteiligten der Missionen – von der Ärztin über die Pflegefachkraft bis zum Techniker – ihre Arbeitskraft gratis zur Verfügung stellen, muss die Stiftung nur für Spesen aufkommen. Das Budget für



**Kostengünstig und wirksam.** Die Stiftung von Paul Vogt (r.) hat Kooperationen mit Spitälern in 13 Ländern.

die geplanten rund 300 Herzoperationen in 13 Ländern zwischen Juli 2018 und Juli 2019 beläuft sich darum auf gerade mal 750 000 Franken. Pro Operation bedeutet das Kosten von rund 2 500 Franken – ein Betrag, der wohl rekordmässig tief ist.

Da aber viel mehr Anfragen vorliegen, herzkranken Kinder zu operieren, könnte die Stiftung ihre Aktivitäten fast beliebig erweitern. Mittelfristig will die Stiftung darum 500 Operationen pro Jahr durchführen, langfristig, wenn möglich, sogar tausend. Das Problem sind allerdings die knappen finanziellen Ressourcen. Die Beiträge, die von Gönnern und Spendern in die Stiftung gelangen, wachsen nicht gleich schnell wie das medizinische Netzwerk von Paul Vogt.

Ein Ausweg wäre, ein professionelles Fundraising aufzuziehen. Dieses würde aber selber viel Geld kosten. Bei der Stiftung zieht man es vor, bei der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) anzuklopfen. Treibende Kraft, an Mittel des Bundes heranzukommen, ist Margrit Kessler, frühere Präsidentin der Stiftung SPO

Patientenschutz. Als «nachhaltige Entwicklungshilfe vor Ort» bezeichnet sie das Engagement von Paul Vogt und seinen Teams. Darum sei es richtig, entsprechende Unterstützung durch den Bund zu beantragen.

## Wenig Bürokratie

Kessler sitzt seit letztem Herbst im Stiftungsrat der EurAsia Heart Foundation. Die ehemalige GLP-Nationalrätin (SG) hat bereits mehrere Parlamentarier von ihren Zielen überzeugt. Zu ihnen zählt Christa Markwalder. «Das Prinzip «Hilfe zur Selbsthilfe» scheint mir bei der Vogt Stiftung vorbildlich verwirklicht», begründet die FDP-Nationalrätin ihr Engagement. Zudem komme die Stiftung fast ohne Verwaltung aus. Die Arbeit von Idealisten wie Paul Vogt habe einen grossen Wert und gehöre unterstützt, so Markwalder.

Auch der St. Galler SVP-Nationalrat Roland Büchel kann der EurAsia Heart Foundation viel Positives abgewinnen. «Die Aktivitäten beruhen auf privater Initiative und kommen fast ohne Verwaltungsapparat aus», sagt er. Für das Ansinnen, Bundesgeld für Vogts Stif-

fung zu beantragen, bringe er zumindest «vorsichtige Sympathie» auf. Er sei zwar wie seine Partei überzeugt, dass die Ausgaben der Schweiz für Entwicklungshilfe verringert werden müssten. Vor allem aber müsse die Deza ihre Mittel anders einsetzen als heute. «Zum Zug sollten vermehrt Organisationen mit schlanken Strukturen kommen – statt riesige NGOs, deren administrativer Wasserkopf Millionen Franken verschlingt», sagt Büchel.

## Selbstloses Engagement

Freude an Paul Vogts Engagement hat auch der Aargauer SVP-Nationalrat Luzi Stamm. Er sei ein «grosser Fan» von Schweizern wie Paul Vogt oder dem Kinderarzt Beat Richner, die sich humanitär und selbstlos im Ausland engagierten. «Solche Hilfe vor Ort finanziell zu unterstützen, wäre besser, als viel Geld im Inland für das Asylwesen auszugeben», sagt Stamm.

Ob Paul Vogt und seine Helfer künftig Bundesgeld bekommen, könnte sich bald entscheiden: Ende August treffen sich Vertreter seiner Stiftung und der Deza zu einem Gespräch.

Bericht von Paul Vogt aus Irkutsk, Sibirien

## «Es gäbe fast unendlich viel zu tun»

Von Paul Vogt

Wir sind hier in Sibirien mit einer vierköpfigen Delegation von Ärzten und Pflegekräften aus der Schweiz. Es geht darum, in einem Spital in Irkutsk die Herzchirurgie voranzubringen. Das Programm ist dicht gedrängt: Innerhalb einer Woche haben wir vierzig Kinder mit einem Herzfehler medizinisch beurteilt und entschieden, ob und wie sie behandelt werden können. Acht von ihnen haben wir selber operiert. Für die restlichen Kinder haben wir, wenn immer möglich, eine andere Lösung gesucht, etwa einen Transfer in ein anderes russisches Spital. Zudem bilden wir das einheimische medizinische Personal weiter, damit das Spital künftig mehr herzkranken Kinder selber operieren kann.

Wir sind das erste Mal in Irkutsk, nachdem die Stiftung eine Anfrage des Spitals erhalten hat. Es geht bei diesem

ersten Aufenthalt darum, abzuklären, ob die Voraussetzungen für eine dauerhafte Zusammenarbeit gegeben sind. Wie bei allen Missionen der Stiftung EurAsia Heart machen wir zur Bedingung, dass die Regierung des entsprechenden Landes hinter unserem Engagement steht.

## Kompetenzen vor Ort stärken

Es gäbe fast unendlich viel zu tun. Unsere Stiftung wird mit Anfragen von Kliniken aus unterschiedlichsten Ländern förmlich überschwemmt. Vor Kurzem führte uns eine Mission erstmals nach Indonesien. In diesem Land mit 255 Millionen Einwohnern kommen jährlich rund 50 000 Kinder mit einem Herzfehler zur Welt. Nur ein Bruchteil von ihnen kann adäquat behandelt werden. Komplexere Operationen sind in Indonesien bisher kaum möglich. Bei den Missionen im Rahmen der Stiftung EurAsia Heart

haben wir darum immer das Ziel, die Kompetenzen der Fachleute an unseren Partnerspitälern zu stärken. Eine Kooperation ist immer langfristig angelegt. Sind die Voraussetzungen dafür nicht gegeben, etwa wegen Korruption, müssen wir die Verbindung abbrechen. Die älteste Kooperation mit einem Spital in China funktioniert nun seit mittlerweile 18 Jahren.

## Schlank aufgestellt

Es ist schön zu sehen, dass es uns meistens gelingt, die Herzchirurgie in Kliniken in Entwicklungs- und Schwellenländern mit relativ wenig Aufwand deutlich voranzubringen. Unsere Missionen sind allesamt durch ehrenamtlich arbeitendes Personal besetzt. Es handelt sich um Fachpersonen, die bereit sind, ihre Arbeitskraft und ihre Fähigkeiten für jeweils einige Wochen pro Jahr gratis zur Verfügung zu stellen. So muss die

Stiftung nur für die Spesen für Reise und Organisation aufkommen.

Man könnte herzkranken Kinder in die Schweiz einfliegen lassen, um sie hier zu operieren. Doch das würde pro Fall durchschnittliche Kosten von 120 000 Franken generieren. Wenn wir aber unsere Teams losschicken, um Kinder vor Ort zu behandeln, ist das um Grössenordnungen effizienter. Bei einer Mission nach St. Petersburg in Russland etwa konnten wir in einer Woche acht Kinder operieren, insgesamt 30 Fälle von Herzfehlern medizinisch beurteilen und zudem das Personal vor Ort ausbilden. Die Kosten dafür beliefen sich auf insgesamt gerade mal 10 000 Franken.

Allgemein ist unsere Stiftung schlank aufgestellt. Nur wenige Mittel fließen in Verwaltung und Fundraising. Doch wir stossen kapazitätsmässig an Grenzen. Aus diesem Grund versuchen wir nun, Geld vom Bund zu bekommen.

## Chur setzt auf Bevölkerung

Untersuchung zum Baukartell will Hinweisen nachgehen

**Chur.** Die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zum Bündner Baukartell setzt auf Hinweise aus der Bevölkerung. Nicht zuletzt zu diesem Zweck hat das Gremium eine Homepage aufgeschaltet. Wer Hinweise habe, die für die PUK Baukartell von Belang sein könnten, sei eingeladen, sich zu melden, heisst es auf der Homepage pukbaukartell.ch. Wie die PUK gestern mitteilte, würden Hinweisgeber «durch Vertraulichkeit geschützt». Allerdings müssen sie sich mit dem Namen melden. Anonyme Hinweise werden nicht berücksichtigt. Weiter will die fünfköpfige Parlamentarische Untersuchungskommission wichtige Dokumente und Informationen im Zusammenhang mit der Untersuchung aufschalten. Untersucht werden von der Wettbewerbskommission (Weko) aufgedeckte Kartellsprachen im Bündner Baugewerbe.

Zudem soll die Kommission das Verhalten verschiedener kantonalen Stellen gegenüber dem Whistleblower Adam Quadroni abklären, der massgeblich an der Aufdeckung des Baukartells beteiligt war. Im Fokus steht insbesondere ein Polizeieinsatz, bei dem der reuige Kartellsünder verhaftet wurde.

## Befragungen im Oktober

Die PUK wurde im Juni vom Grossen Rat des Kantons Graubünden eingesetzt. Erste Befragungen sollen im Oktober durchgeführt werden. Die illegalen Absprachen im Unterengadin sind schweizweit der bisher grösste aufgeflogene Fall von Manipulationen Baugewerbe. Das manipulierte Auftragsvolumen beträgt über 100 Millionen Franken. Die Weko gab Ende April bekannt, dass sie sieben Baufirmen mit total 7,5 Millionen Franken büsst.

Die PUK ist nicht das einzige Gremium, welches das Umfeld der illegalen Preisabsprachen näher anschaut. Die Bündner Regierung beschloss ihrerseits bereits externe Untersuchungen. Eine Untersuchung betrifft die Verfahrensabläufe im kantonalen Tiefbauamt zwischen 2004 und 2012. Eine weitere Untersuchung betrifft den Polizeieinsatz gegen Quadroni. SDA

## Weniger Aufwand

Kommission will Änderungen bei der Verrechnungssteuer

**Bern.** Die Wirtschaftskommissionen von National- und Ständerat haben sich für Änderungen bei der Verrechnungssteuer ausgesprochen. Bei Zinsen von Obligationen und Geldmarktpapieren soll diese durch eine Sicherungssteuer ersetzt werden, die geringeren Aufwand verursacht. Die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK) hat mit sechs zu vier Stimmen bei einer Enthaltung einer Initiative der nationalrätlichen Wirtschaftskommission zugestimmt, wie die Parlamentsdienste mitteilen. Die Nationalratskommission kann nun einen Entwurf ausarbeiten – oder den Entwurf des Bundesrates abwarten. Der Beschluss bedeute nicht, dass die Expertengruppe des Bundes ihre Arbeiten einstellen solle, heisst es in der Mitteilung. Die Kommission wolle damit ihren Wunsch bekräftigen, dass der Wechsel rasch umgesetzt werde, damit die Nachteile für den Schweizer Kapitalmarkt beseitigt werden könnten.

Die Initiative der WAK verlangt einen Wechsel vom Schuldner- zum Zahlstellenprinzip. Der Bundesrat hatte dazu 2014 einen Entwurf in die Vernehmlassung geschickt, der später sistiert wurde.

Heute zieht der Schuldner – beispielsweise die Gesellschaft, die Obligationen ausgibt – direkt 35 Prozent des Zinsertrags ab und überweist diesen Anteil der Steuerverwaltung. Die restlichen 65 Prozent gehen an den Begünstigten. Bei korrekter Deklaration erhält er den Abzug später zurück.

Beim Zahlstellenprinzip überweist der Schuldner den gesamten Ertrag der Bank. Diese entscheidet dann, ob eine Verrechnungssteuer zu erheben ist, und liefert sie den Steuerbehörden ab. SDA